



CHAPPATTE

CHAPPATTE

DER EXTERNE STANDPUNKT

Auch links-grüne Städte müssen dichter werden

Heisse Sommer machen zwar städtische Grünräume nötig – aber doch nicht zulasten des öffentlichen Verkehrs. Dichte urbane Zentren schonen die Grünflächen auf dem Land, schreibt Willy Germann

In Zürich wurde kürzlich die Vision der links-grünen Stadtregierung publik, die rund um den Hauptbahnhof einen grünen Stadtraum plant. Einmal mehr würde so der städtische öffentliche Verkehr (öV) durch Spurreduktionen beeinträchtigt werden. Und die Jungen Grünen überbieten ihre Regierung sogar in ihrer Gestaltungsmission: Bauvorhaben für Hochhäuser sollen gestutzt werden. Raumschonung ist für sie offenbar ein Fremdwort.

Noch schlimmer in Winterthur: Seit Jahrzehnten diskutieren Architekten und Planer über Freiräume und Denkmalschutz rund um den Hauptbahnhof. Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs wurden stets übersehen. Als Ersatz des Parkdecks über den Gleisen wird an blauen Himmel statt an dringend benötigte Arbeitsplätze gedacht. Unter Führung der Grünen soll überdies aus städtebaulichen Gründen eine Kapazitätserweiterung des überlasteten ÖV-Knotens verhindert werden.

Gewiss, angesichts der Hitzesommer müssen in Städten – grüne – Freiräume geschaffen werden. Fragt sich bloss, wie und wo? Sicher nicht an Schlüsselstellen des öffentlichen Verkehrs, wo ausreichende Kapazitäten und schlanke Umsteigebeziehungen die Stabilität und die Attraktivität des öV garantieren müssen. Bei gleichzeitig starkem Bevölkerungs-

wachstum ist Grünraumschonung nur möglich mit einer raumschonenden Verkehrspolitik und einer funktionierenden Innenverdichtung. Dazu müsste vordringlich – mit Ausnahme des Gewerbeverkehrs – der raumintensive motorisierte Individualverkehr (MIV) massiv reduziert werden. Ohne mutige marktwirtschaftliche Massnahmen bleibt dies allerdings Illusion. Weite Wege dürfen sich nicht mehr lohnen.

Markant weniger MIV würde sogar Chancen für die Rückgewinnung von Grünraum eröffnen. Warum brauchen Strassen, die einst auf Tempo 60 ausgelegt wurden, bei Tempo 30 immer noch zwei Trottoirs und durchgehend zwei Spuren? Gemeinden könnten sogar überflüssigen Strassenraum mit grünen Auflagen entwiden. Ähnliches wäre im ländlichen Raum möglich, wo zulasten der Kulturlandschaft ein verschwendeter Strassenbau betrieben wurde.

Weniger MIV ist aber nur mit einem attraktiven, ausgebauten öV möglich. Warum setzen Umweltverbände und rot-grüne Stadtregierungen dennoch fast ausschliesslich auf den Langsamverkehr und übersehen, dass es der raumsparende und wintersichere öV ist, der möglichst viele Personenkilometer des MIV aufnehmen könnte? Und warum schaffen sie in Fussdistanz zu ÖV-Knoten nicht höhere Dichten, um Feinverteilerverkehr zu vermeiden? Warum müssen die SBB nicht mehr genutzte Güterschuppen erhalten, obwohl genau diese Bahnareale ideale autofreie Orte für hohe Dichten wären? Warum lassen sich – analog zur Einhausung der Autobahn in Schwamendingen – nicht auch Teile der heissen Gleisfelder mit Büroflächen und Grünraum einhausen?

Neben der viel zu zögerlichen raumschonenden Verkehrspolitik sorgt auch die erschwerte Verdichtung in den Städten für Druck auf den Grünraum. Zersiedelung (und in der Folge Strassenbau) werden weiterhin wertvolle Landschaft fressen. Vordringlich müssten auch anachronistische Bau- und Zonenordnungen hinterfragt werden. Immer noch müssen sich Neu-

bauten auf das tiefe Niveau von Bauten aus der Zeit der Drei- oder Vier-Millionen-Schweiz ducken. Immer noch gilt für viele Menschen hoch als hässlich.

Gewiss, die Angst vor noch mehr Dichtestress ist berechtigt. Tatsächlich würden in dichteren Gebieten Hitzeflächen, Lärm und Luftbelastung zunehmen. Umso wichtiger werden intakte Naherholungsgebiete ohne gigantische Windräder, wohin die Menschen zu Fuss oder mit dem Velo gelangen können. Das ist beste Ursachenbekämpfung gegen den boomenden Flug- und Auto-Freizeitverkehr in die Ferne.

Das Bevölkerungswachstum in Städten und Agglomerationen könnte durchaus in sogenannten Wohnbrachen fast aller Zonen aufgefangen werden. Warum auf Werkhallen, Lagerhäusern, Einkaufszentren oder Busdepots nicht noch einige Geschosse Wohnraum bauen? Warum in Zonen für öffentliche Bauten nicht sogar einen Pflichtanteil an günstigen Wohnungen vorsehen? Warum auf allen Schularealen nicht auch innovatives Wohnen ermöglichen? Immer noch ist übertriebener Lärmschutz ein Verdichtungskiller.

Ganz generell müsste der Dschungel bevorzunder, perfektionistischer Baugesetze, Normen und Auflagen zugunsten des sparsamen Umgangs mit dem knappen Raum gelichtet werden: von Ausnutzungsziffern bis Schattenwurf, von Strassenbreite bis einheitliche Gestaltung. Es versteht sich, dass auch Einsprachebremsen entschärft werden müssten.

Bevölkerungsdruck, Klimawandel und ein drohender Verkehrskollaps zwingen uns alle, Raumnutzung und Verkehr unbefangen neu zu denken.

WILLY GERMANN aus Winterthur arbeitete als Lehrer und war Gemeinde- und Kantonsrat der CVP (heute: Mitte). Germann war zudem Vorstandsmitglied beim Verband öffentlicher Verkehr Zürich und bei der Heimatschutzgesellschaft Winterthur.

LESERBRIEFE

«Einer fehlt»

«Beginnt nun eine Ära des Faustrechts?»

«NZZ am Sonntag» vom 10. November
Im Bild auf der Frontseite sind die Staatenlenker Putin, Orban, Xi und Trump zu sehen, Letzterer mit nach oben gereckter geballter Faust. Ist Netanyahu, der – infolge der Bombardierungen des Gazastreifens, des Aushungerns der dortigen Bevölkerung und der zerstörten Gesundheitsversorgung – den Tod von rund 90 000 Menschen auf dem Gewissen hat, von denen 99 Prozent nicht das Geringste mit den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 zu tun hatten, vergessen gegangen? Oder wurde er bewusst weggelassen?
Peter Sutter, Buchs (SG)

«Kein Eigentum»

«Bis die Familie zerbricht»

Mir tut es leid für Noe, dass seine Eltern ihm auf der Suche nach seiner wahren Identität solch grosse Steine in den Weg legen und sich von ihm, Noe, abgewendet haben. Kinder sind kein Eigentum der Eltern. Das haben diese Menschen wohl noch nicht verstanden.
Saskia van Summeren, Agarone (TI)

«Ist das Armut?»

«Der Aussätzige»

Mit Unverständnis habe ich den Artikel über den Zürcher Lehrer gelesen, der sich trotz sicherem Einkommen und Bildung als Opfer seiner finanziellen Lage darstellt. Der Mann scheint nicht gewillt, sich den Lebensumständen anzupassen, indem er etwa in eine günstigere Wohnung zieht. Stattdessen zieht er es vor, Lebensmittelpenden zu nutzen – eine Ressource, die Menschen vorbehalten sein sollte, die keine andere Wahl haben. Dass die «NZZ am Sonntag» ihm eine Plattform bietet, um sich in selbstgewählter Opferrolle zu präsentieren, empfinde ich als fragwürdig. Wäre es nicht sinnvoller, jenen eine Stimme zu geben, die mit weitaus weniger wirklich kämpfen müssen?
Nassim Franchi, Dübendorf (ZH)

«Expertenwissen»

«Macht das Handy gar nicht süchtig?»

Mit Experten ist es so eine Sache. Sie verfügen über viel Detailwissen. Aber manchmal sind sie auch voreingenommen. Wie viele Gegner eines EU-Beitritts finden wir an Europa-Instituten? Wie viele Atomkraftgegner arbeiten in der Reaktortechnik? Auch der Medienpsychologe Daniel Süss sieht vor allem die Sonnenseiten des Smartphones. Ich bin froh, dass auch fachfremde Forscher wie der Psychologe Jonathan Haidt sich mit der Materie befassen.
Daniel Heierli, Zürich

Präzisierung

«Wer schafft's rein?»

Die Zürcher GLP-Gemeinderätin Sanija Ameti wurde als Beispiel genannt für jene Mitglieder des Gemeinderats, die in einer Genossenschaft oder in einer Immobilie der Stadt Zürich wohnen. Zur Präzisierung halten wir fest, dass Ameti zwar Mieterin einer städtischen Wohnung ist, dafür aber eine Marktmiete bezahlt. Laut der Stadt Zürich sind rund 60 der städtischen Wohnungen zu Marktmieten vermietet, die anderen 10 000 zur Kostenmiete.
Die Redaktion

Sie erreichen uns mit Ihren Leserbriefen per E-Mail: leserbrief.sonntag@nzz.ch